



LAND

OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn
über die Einschau in die Gebarung

der Gemeinde

Auerbach

Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, Januar 13

Die Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn hat in der Zeit vom 21. August 2012 bis 6. November 2012 durch eine Prüferin (mit Unterbrechungen, 13 Prüfungstage) gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Gemeinde Auerbach vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2009 bis 2011 und der Voranschlag für das Jahr 2012 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	6
Wirtschaftliche Situation	6
Personal.....	7
Öffentliche Einrichtungen.....	7
Weitere wesentliche Feststellungen	7
Außerordentlicher Haushalt	7
Detailbericht	9
Die Gemeinde	9
Wirtschaftliche Situation	10
Haushaltsentwicklung	10
Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt	11
Mittelfristiger Finanzplan	12
Finanzausstattung	13
Grundsteuer	14
Kommunalsteuer.....	14
Hundeabgabe	14
Zahlungsrückstände	14
Verkehrsflächenbeitrag	14
Umlagen.....	15
Fremdfinanzierungen	17
Darlehen.....	17
Kassenkredit	18
Haftungen	18
Rücklagen	18
Personal	19
Dienstpostenplan	20
Organisation	20
Allgemeine Verwaltung.....	20
Bauhof	20
Reinigung	21
Aus- und Fortbildung.....	21
Öffentliche Einrichtungen	22
Abwasserbeseitigung	22
Gebühren.....	22
Gebührenkalkulation	23
Verwaltungskostentangente	23

Abfallbeseitigung	24
Biomüll und Kompostierung	24
Kindergarten.....	25
Kindergartentransport	25
Gemeindevertretung.....	26
Organe der Gemeinde, Geschäftsführung	26
Prüfungsausschuss	26
Ausschüsse.....	26
Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben	27
Weitere wesentliche Feststellungen	28
Vermietung	28
Grund	28
Feuerwehrwesen	29
Förderungen und freiwillige Ausgaben	29
Versicherungen	30
Fahrzeuge	30
Bauhof	30
Außerordentlicher Haushalt	32
Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2011	32
Einzelne AO. Vorhaben.....	32
Schlussbemerkung.....	34

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Gemeinde Auerbach hat in den vergangenen Jahren ihren ordentlichen Haushalt mit Abgängen abgeschlossen und ist daher als "Dauerabgangsgemeinde" zu bezeichnen. Im Jahr 2011 kam es zu einem Abgang in der Höhe von 146.120 Euro.

In den letzten Jahren wurden insgesamt rund 324.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln für die Deckung der Abgänge gewährt. Auch in den nächsten Jahren ist wohl weiterhin mit Abgängen im ordentlichen Haushalt zu rechnen.

Mittelfristige Finanzplanung

Die freie Budgetspitze für das Finanzjahr 2012 ist mit -128.900 Euro negativ angesetzt. Der Negativbetrag soll weiter steigen und wird im Jahr 2015 schließlich mit -135.500 Euro prognostiziert. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben der laufenden Gebarung werden in den Planjahren 2012 bis 2015 voraussichtlich steigen. Das ergibt, dass das Ergebnis der laufenden Gebarung während des gesamten Zeitraumes negativ bleiben wird.

Im Investitionsplan der nächsten Jahre sind Investitionsausgaben in der Höhe von rund 61.900 Euro vorgesehen. Der Großteil der Investitionen entfällt auf die Projekte "Lagerplatzüberdachung" und "Kanal-Leitungskataster".

Um eine fundierte Planung für die jeweils kommenden Finanzjahre zu gewährleisten, wird der Erstellung des mittelfristigen Finanzplanes in Zukunft weiterhin ein großes Augenmerk zu widmen sein.

Finanzausstattung

Die Gemeinde ist einerseits zu großen Teilen von den Ertragsanteilen abhängig, andererseits spielen jedoch auch die Einnahmen aus den gemeindeeigenen Steuern eine bedeutende Rolle. Aus Strukturhilfemitteln und Finanzzuweisungen nach § 21 FAG erhielt die Gemeinde Einnahmen in der Höhe von durchschnittlich jährlich rund 40.000 Euro. Positiv zu vermerken ist, dass die gemeindeeigenen Steuern, allen voran die Kommunalsteuer, in den letzten Jahren eine steigende Tendenz verzeichnete. Die Ertragsanteile verzeichneten ebenfalls einen Anstieg. Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2011 rund 15 % der Steuerkraft.

Fremdfinanzierung

Im Bereich der Pro-Kopf-Verschuldung nahm die Gemeinde unter Heranziehung der Ergebnisse 2011 im landesweiten Vergleich den 217. Rang und in jenem mit den 46 Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn den 14. Rang ein. Damit nimmt die Gemeinde eine nicht so gute Positionierung ein. Die Gemeinde liegt mit 2.017 Euro bei der Pro-Kopf-Verschuldung über dem Landes- und Bezirksdurchschnitt.

Die Nettobelastung des Budgets aus Darlehensverbindlichkeiten betrug im Finanzjahr 2011 rund 26.080 Euro. Dies entspricht einem Anteil an den Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes von 3 %.

Rücklagen

Am Ende des Finanzjahres 2011 verfügte die Gemeinde Auerbach über Rücklagen von insgesamt rund 163.250 Euro. Bei den Rücklagen handelt es sich um zweckgebundene Mittel. Die vorhandenen Rücklagen werden zur Zwischenfinanzierung des außerordentlichen Haushaltes bzw. zur Kassenbestandsverstärkung herangezogen.

Personal

Der Aufwand für Personal inklusive Pensionen belief sich im Jahr 2011 auf 164.953 Euro. Dies entspricht 22,77 % der Jahreseinnahmen im ordentlichen Haushalt von rund 724.500 Euro und ist auf einen sparsamen Personaleinsatz in allen Bereichen zurückzuführen.

Die allgemeine Verwaltung der Gemeinde ist derzeit mit insgesamt drei teilzeitbeschäftigten Bediensteten besetzt. Der Personalstand in der Verwaltung ist mit insgesamt 1,86 Personaleinheiten als angemessen zu bezeichnen. Im Bauhof ist ein teilbeschäftigter Gemeindefacharbeiter mit 0,7 Personaleinheiten und für die Reinigung der Volksschule, Amtsgebäude und fallweise für den Bauhof ist eine Teilzeitbeschäftigte mit 0,65 Personaleinheiten beschäftigt.

Öffentliche Einrichtungen

Der Betrieb der Abwasserbeseitigung verzeichnete gute Betriebsergebnisse, in den meisten Jahren wurden Betriebsüberschüsse erzielt. Die Gebührenfestsetzung entspricht den Landesvorgaben.

Im Bereich der Abfallbeseitigung wurden die Gebühren jeweils in einer solchen Höhe angesetzt, dass damit das Auslangen gefunden werden konnte, bzw. jährlich Betriebsüberschüsse erwirtschaftet wurden, die zur Stützung des Haushaltsergebnisses im ordentlichen Haushalt belassen wurden.

Auerbach selbst hat keinen eigenen Kindergarten. Kinder ab drei Jahren besuchen den Gemeindekindergarten der Nachbargemeinde Kirchberg bei Mattighofen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Der Prüfungsausschuss ist innerhalb des Zeitraumes 2005 bis 2012 sowohl hinsichtlich der Anzahl der Prüfungen als auch im Bezug auf die Wahrnehmung seiner Prüfungsfelder dem gesetzlichen Prüfungsauftrag ausreichend nachgekommen.

Wir empfehlen der Gemeinde aber eine Intensivierung der sonstigen Ausschusstätigkeiten, da Ausschüsse zur Vorbereitung schwieriger Punkte für Gemeinderatssitzungen einen wertvollen Beitrag leisten und die Sitzungen dadurch entsprechend abgekürzt werden können.

Derzeit gibt es einige Gemeindekooperationen, wie die üblichen Mitgliedschaften beim Sozialhilfeverband, Bezirksabfallverband und Reinhalteverband, aber auch Mitgliedschaften bei "INKOBA Oberes Innviertel" dessen Zweck die Erschließung und Vermarktung neuer Betriebsbaugebiete ist, Sanitätsgemeindeverband Pischelsdorf, "INN-Euregio" und Verein "Leader Oberinnviertel Mattigtal".

Da es in der Gemeinde Auerbach keine Kooperationsprojekte mit Nachbargemeinden gibt, sind für die Zukunft Kooperationsprojekte mit Nachbargemeinden im Verwaltungs- und Bauhofbereich unter Bedachtnahme auf das Umsatzsteuerrecht zu prüfen.

Außerordentlicher Haushalt

Der außerordentliche Haushalt umfasst sechs Vorhaben und eine Zwischenfinanzierung und schließt bei einem Ausgabevolumen von rund 298.620 Euro ausgeglichen. Von den insgesamt sieben im außerordentlichen Haushalt des Jahres 2011 geführten Vorhaben wies ein Vorhaben ein negatives und fünf ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Der Investitionsschwerpunkt lag im Zeitraum seit der letzten Gebarungsprüfung im Gemeindestraßenbauprogramm 2011. Hierfür wurden seit der letzten Gebarungseinschau rund 26 % des gesamten Ausgabevolumens von rund 820.000 Euro ausgegeben. Weitere wesentliche Projekte waren die "Ortsplatzgestaltung" sowie der "Ankauf des Löschfahrzeuges".

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgte im Rahmen der Finanzierungspläne bzw. der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Die zum Prüfungszeitpunkt bestehenden Fehlbeträge im außerordentlichen Haushalt werden mit in Aussicht gestellten Förderungsmitteln bedeckt.

Detailbericht

Die Gemeinde

Die Gemeinde Auerbach hat derzeit 540 Einwohner¹, von denen 30 Personen mit einem Zweitwohnsitz registriert sind und ist eine von 46 Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn. Umgerechnet auf die Gesamtfläche der Gemeinde von rund 11 km² entspricht das einer Bevölkerungsdichte von 49 Einwohnern pro km². Im Gemeindegebiet gibt es 10 Ortschaften. Rund 61 % der Gesamtfläche werden landwirtschaftlich genutzt, 33 % sind Waldgebiet und rund 6 % umfassen Bauflächen, Gärten, Gewässer und sonstige Flächen.

Die Gemeinde ist eine landwirtschaftlich geprägte Wohngemeinde mit wenigen Kleinbetrieben und liegt im Innviertel in Oberösterreich. Im Jahr 1995 übersiedelte das Gemeindeamt in die neue Gemeindestube, drei Jahre später wurde der Bauhof und das Feuerwehrhaus fertig gestellt. Im Gemeindegebäude befindet sich außerdem die örtliche Bank. 2001 wurde das Gemeindezentrum um die Stocksporthalle, in der neben dem Stocksport auch verschiedene Veranstaltungen stattfinden, erweitert. Unmittelbar neben dem Gemeindezentrum findet man weiters die Volksschule und den Kinderspielplatz. Die Gemeinde Auerbach selbst hat keinen eigenen Kindergarten, die Kinder der Gemeinde besuchen den Kindergarten der Nachbargemeinde Kirchberg bei Mattighofen.

Derzeit gibt es einige Gemeindekooperationen, wie die Mitgliedschaften beim Sozialhilfeverband, Bezirksabfallverband und Reinhalteverband, aber auch Mitgliedschaften bei "INKOBA Oberes Innviertel" dessen Zweck die Erschließung und Vermarktung neuer Betriebsbaugebiete ist, Sanitätsgemeindeverband Pischelsdorf, "INN-Euregio" und Verein "Leader Oberinnviertel Mattigtal".

Der im Jahr 2009 gewählte Gemeinderat setzt sich aus 8 Mandataren der ÖVP-Fraktion, 1 Mandatar der SPÖ-Fraktion und 4 Mandataren der FPÖ-Fraktion zusammen. Im Gemeindevorstand sind 2 Funktionäre der ÖVP- und 1 Funktionär der FPÖ-Fraktion vertreten. Der direkt gewählte Bürgermeister und der Vizebürgermeister gehören der ÖVP-Fraktion an.

Während des Prüfungszeitraums wurden folgende wesentliche außerordentliche Vorhaben verwirklicht:

- Lagerplatzüberdachung
- Regenwasserentwässerung Pfarrsiedlung
- Gemeindestraßenbauprogramm 2009

Schwerpunkt in der Planungsperiode 2012 – 2015 sind laut mittelfristiger Finanzierungsplanung folgende Projekte:

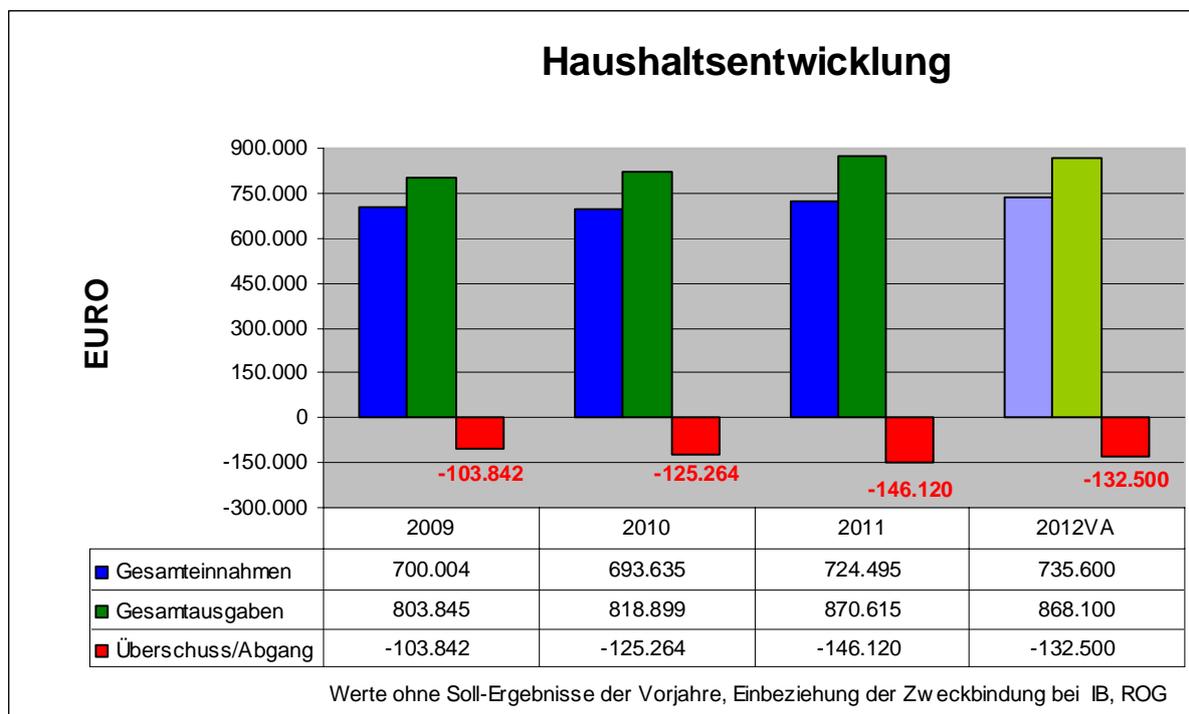
- Lagerplatzüberdachung
- Kanal - Leitungskataster

¹Stichtag 11.09.2012; 510 Hauptwohnsitze;
Gemeinderatswahl 2003: 530 Einwohner;
Gemeinderatswahl 2009: 553 Einwohner.

Volkszählung 2001: 505 Einwohner;
Volkszählung 1991: 498 Einwohner,

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die laufenden Haushaltsergebnisse der vergangenen Jahre, die die Abwicklung von Überschüssen und Abgängen aus Vorjahren nicht berücksichtigen, bewegten sich bei den jährlichen Gesamteinnahmen und -ausgaben zwischen rund 700.000 Euro und rund 870.000 Euro. Damit waren in den Jahren 2009 bis 2011 Abgänge zu verzeichnen. Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 2012 verzeichneten mit rund 730.000 Euro und 870.000 Euro einen Abgang in der Höhe von 132.500 Euro

Das Gesamthaushaltsvolumen verringerte sich vom Jahr 2009 auf 2010 um rund 1 %, von 2010 auf 2011 stieg es wieder um rund 4,5 % auf rund 724.500 Euro und wird sich laut Voranschlag 2012 voraussichtlich um rund 1,5 % auf rund 735.600 Euro erhöhen. Den bisherigen Trend in Betracht ziehend ist zu erwarten, dass die Gesamteinnahmen und -ausgaben des Jahres 2012 vermutlich etwas höher als veranschlagt ausfallen werden.

Betrachtet man die Jahresergebnisse des gesamten Prüfungszeitraumes unter Einbeziehung der Ergebnisse der Vorjahre, zeigt sich, dass die Ergebnisse des ordentlichen Haushaltes der Gemeinde Auerbach in den Jahren 2009 bis 2011 deutliche Abgänge auswiesen:

	Abgang
Rechnungsabschluss 2009	€ 104.910
Rechnungsabschluss 2010	€ 127.457
Rechnungsabschluss 2011	€ 146.577
Voranschlag 2012	€ 157.600

Die Gemeinde Auerbach kann ihren Haushalt bereits seit Jahren aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen und ist daher als „Dauerabgangsgemeinde“ zu bezeichnen. Zur Deckung der Abgänge in den letzten drei Jahren wurden insgesamt rund 324.000 Euro² gewährt. Auch in den nächsten Jahren ist wohl weiterhin mit Abgängen im ordentlichen Haushalt zu rechnen.

Im Hinblick auf den Sparsamkeitsgrundsatz sind die einzelnen Ausgaben verstärkt zu prüfen sowie alle Einnahmelmöglichkeiten voll auszuschöpfen.

Wir empfehlen jedoch, die Einnahmen aus Verkehr und Kanal weiterhin zweckgebunden einer Rücklage bzw. dem außerordentlichen Haushalt zuzuführen.

Weiters verringerten sich die Ertragsanteile vom Jahr 2009 auf 2010 um rund 1 %. Im Jahr 2010 betragen die Ertragsanteile rund 323.800 Euro und stiegen dann auf rund 359.200 Euro im Jahr 2011. Für das Jahr 2012 werden die Ertragsanteile mit rund 374.000 Euro prognostiziert.

Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt

Dem außerordentlichen Haushalt konnten im Prüfungszeitraum 2009 bis 2011 Mittel in einer Gesamthöhe von rund 23.700 Euro zugeführt werden. Davon stammten aus Interessenten- und Verkehrsflächenbeiträgen rund 21.600 Euro, womit aus allgemeinen Haushaltsmitteln in Summe 2.100 Euro aufgebracht wurden. Im Voranschlag des Jahres 2012 wurden keine Zuführungsbeträge veranschlagt.

Die Interessenten- und Aufschließungsbeiträge für die Abwasserbeseitigung wurden für Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt und Baumaßnahmen verwendet oder einer Rücklage zugeführt.

Die Verkehrsflächenbeiträge wurden in den letzten Jahren dem außerordentlichen Haushalt oder einer Rücklage zugeführt.

Bei den Instandhaltungsaufwendungen in den Jahren 2010 und 2011 kam es jährlich zu einer Ausgabensumme von durchschnittlich rund 15.000 Euro. Damit wurde der 5-Jahres-Durchschnitt in den letzten Jahren unterschritten.

² Bedarfszuweisungsmittel zur Deckung des Abganges:
2009 – 93.000 Euro, 2010 – 104.000 Euro, 2011 – 127.000 Euro

Mittelfristiger Finanzplan

Von der Gemeinde wurde zuletzt ein Mittelfristiger Finanzplan für die Planungsperiode 2012 bis 2015 erstellt und vom Gemeinderat gemeinsam mit dem Voranschlag für das Finanzjahr 2012 beschlossen.

Die freie Budgetspitze für das Finanzjahr 2012 ist mit –128.900 Euro negativ angesetzt. Der Negativbetrag soll weiter steigen und wird im Jahr 2015 schließlich mit –135.500 Euro prognostiziert. Die Einnahmen der laufenden Gebarung werden in den Planjahren 2012 bis 2015 voraussichtlich durchschnittlich rund 626.500 Euro betragen und in den Folgejahren auf rund 633.900 Euro im Jahr 2015 steigen. Die Ausgaben der laufenden Gebarung werden laut Mittelfristigem Finanzplan von 729.700 Euro im Jahr 2012 auf 749.200 Euro im Jahr 2015 steigen. Das ergibt, dass das Ergebnis der laufenden Gebarung während des gesamten Zeitraumes negativ bleiben wird.

Weil die zu vereinnahmenden Interessentenbeiträge laut Mittelfristigem Finanzplan durchschnittlich 21.000 Euro betragen werden, die jährlichen Ausgaben für Tilgungen von 45.500 Euro in den Jahren 2012 bis 2015 aber gleich bleiben, wird die negative freie Budgetspitze steigen.

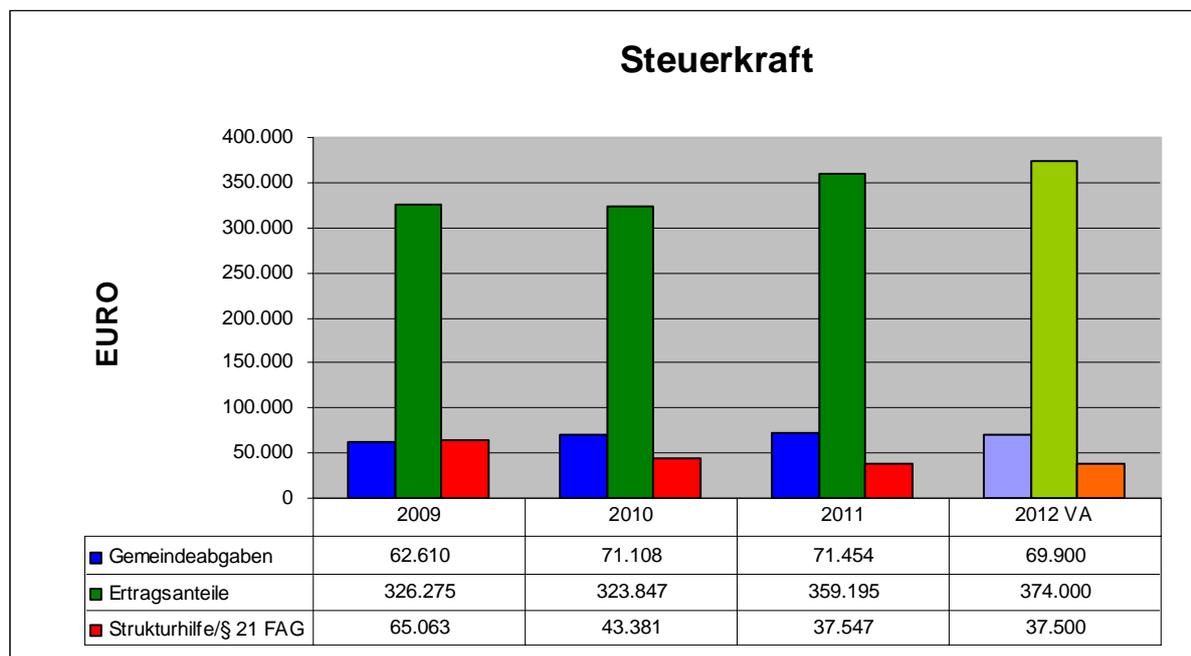
Das Maastricht-Ergebnis ist im Rechnungsabschluss 2011 mit rund -1.850 Euro (RA 2010: rund -6.700 Euro) ausgewiesen – im Jahr 2012 wird es laut Voranschlag -131.400 Euro betragen. Gemäß Mittelfristigem Finanzplan wird es in den Folgejahren 2013 mit -100.700 Euro, 2014 mit -107.300 Euro und 2015 mit -119.800 Euro negativ sein.

Im mittelfristigen Investitionsplan werden für die Planungsperiode 2012 - 2015 folgende außerordentliche Vorhaben genannt:

Vorhaben	Euro
Lagerplatzüberdachung	21.900
Kanal - Leitungskataster	40.000
Gesamtausgaben 2012 bis 2015 aoH.	61.900

Zur Finanzierung der Vorhaben ist die Gemeinde auf die Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln (in Summe 21.900 Euro laut Plan 2012, 35 % des Gesamtinvestitionsvolumens) angewiesen. Der Rest wird durch Rücklagen finanziert.

Finanzausstattung



Die Gemeinde rangierte mit ihrer Finanzkraft³ von 843 Euro pro Kopf im Vergleich mit allen 444 Oö. Gemeinden auf Basis der Ergebnisse 2011 an 358. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Braunau am Inn (46 Gemeinden) den 36. Platz ein. Generell ist das Aufkommen aus den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben bezogen auf die Gemeindegröße als gering zu bezeichnen. Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2011 rund 15 % der Steuerkraft.

Die vorangestellte Grafik zeigt, dass die Gemeinde einerseits zu großen Teilen von den Ertragsanteilen (gemeinschaftlichen Bundesabgaben) abhängig ist, andererseits jedoch auch die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern eine bedeutende Rolle spielen. Strukturhilfe und Finanzaufweisungen gemäß § 21 FAG hat die Gemeinde in den letzten Jahren in einer Höhe von rund 11 % des Aufkommens aus den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben erhalten.

Die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern entwickelten sich in den Jahren 2009 bis 2011 von rund 62.600 auf rund 71.500 Euro. Dies entspricht einem Zuwachs von annähernd 14 % während dieser beiden Jahre.

Die Ertragsanteile verzeichneten einen leichten Anstieg. Im Jahr 2009 betrug die gesamte Steuerkraft⁴ 453.948 Euro und ist bis zum Jahr 2011 um 14.248 Euro auf 468.196 Euro gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von etwa 3 %. Der Zuwachs ist auf die Ertragsanteile zurückzuführen. Laut Voranschlag für das Jahr 2012 wird die Steuerkraft nochmals um 13.200 Euro steigen.

Die Erträge der anderen Gemeindeabgaben blieben im Beobachtungszeitraum relativ konstant.

³ Finanzkraft = Steuern und Abgaben ohne Aufschließungsbeiträge zuzüglich Abgabenertragsanteile

⁴ Steuerkraft = Finanzkraft zuzüglich Finanzaufweisung und Strukturhilfe

Grundsteuer

Das Grundsteueraufkommen bewegte sich in den letzten Jahren relativ gleichmäßig in einer Höhe von durchschnittlich rund 26.000 Euro jährlich (Grundsteuer A und B gesamt).

Kommunalsteuer

Das Gesamtaufkommen aus der Kommunalsteuer betrug 2009 rund 36.700 Euro, 2010 rund 40.800 Euro und stieg 2011 auf rund 41.500 Euro. Im Voranschlag 2012 wurde das voraussichtliche Aufkommen auf 40.000 Euro zurückgenommen. Das Kommunalsteueraufkommen pro Einwohner belief sich im Jahr 2010 auf rund 74 Euro. Im Rechnungsabschluss 2011 stieg dieser Wert geringfügig auf rund 75 Euro.

Das Steueraufkommen verteilt sich auf 13 Abgabepflichtige. Die zwei größten steuerpflichtigen Unternehmen im Gemeindegebiet bezahlten rund 71 % des gesamten Kommunalsteueraufkommens. Der darüber hinaus gehende Betrag verteilt sich auf eine größere Anzahl von Unternehmen aus verschiedenen Sparten.

Im Jahr 2011 wurde die Kommunalsteuer vollständig und rechtzeitig bezahlt.

Hundeabgabe

Die Hundeabgabe wurde mit 11 Euro und 6 Euro für Wachhunde festgelegt. Die Hundeabgabe liegt somit unter dem Bezirksdurchschnitt in der Höhe von 15 Euro.

Wir empfehlen daher die Anhebung der Hundeabgabe auf 15 Euro je Hund.

Zahlungsrückstände

Die Rückstände an Steuern und Abgaben laut Saldenliste beziffern sich Ende 2011 auf rund 9.500 Euro, was einen Anteil von ca. 1 % des Gesamtjahresaufkommens darstellt. Zum Prüfungszeitpunkt (Oktober 2012) waren es rund 7.400 Euro an Rückständen.

Ein Teil wurde zwischenzeitlich bereits beglichen, es sind Konkursverfahren anhängig bzw. werden Rückstände eingemahnt und bei Nichteinhaltung werden die Rückstände abgeschrieben. Bei Nichtbeachtung der Zahlungsfristen wird ein Säumniszuschlag von 2 % laut Bundesabgabenordnung (BAO) verrechnet.

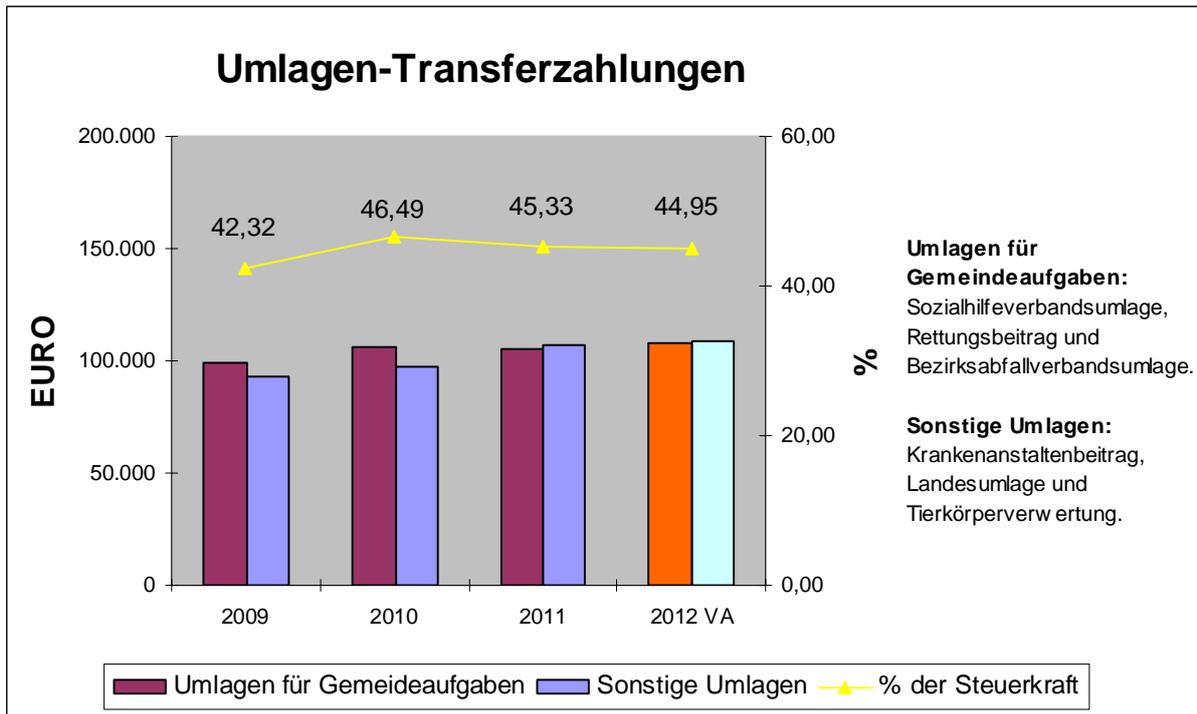
Rund 50 % der Steuerpflichtigen zahlen die Hausbesitzabgaben mittels Abbuchungs- bzw. Einziehungsaufträgen.

Zur Reduzierung der Steuer- und Abgabenrückstände sollte die Gemeinde die Einhebung der Hausbesitzabgaben mittels Abbuchungs- bzw. Einziehungsaufträgen forcieren.

Verkehrsflächenbeitrag

Der Einheitssatz für die Vorschreibung von Verkehrsflächenbeiträgen wurde mit Verordnung des Landes ab 1. Jänner 2011 auf 65 Euro pro m² angehoben. Die Gemeinde hebt diesen Einheitssatz ein.

Umlagen



Die von der Gemeinde für die oben angeführten Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringenden Geldleistungen bewegten sich im Betrachtungszeitraum zwischen rund 42 % und 46 % der Steuerkraft. In den vergangenen Jahren waren die zu erbringenden Geldleistungen annähernd gleich geblieben. In den Jahren 2009 und 2010 stiegen die Umlagen deutlich stärker als das Steueraufkommen. Im Jahr 2011 stieg das Steueraufkommen stärker als die Umlagen. Das spiegelt sich grafisch in der Kurve "% der Steuerkraft" wider.

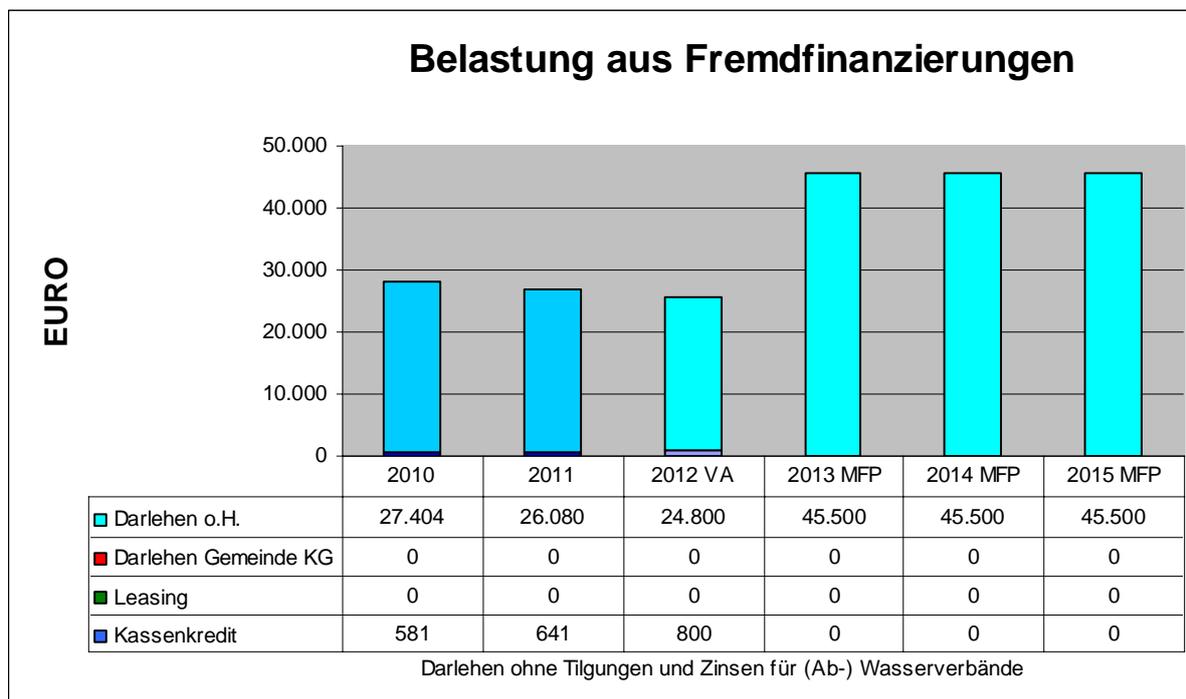
Die Sozialhilfeverbandsumlage stieg in den letzten Jahren und blieb in den Jahren 2010 und 2011 annähernd gleich (+7 % bzw. rund 6.000 Euro von 2009 bis 2011), bei den Krankenanstaltenbeiträgen (+12 % bzw. rund 9.950 Euro von 2009 bis 2011) war ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen.

Die prognostizierten Umlagenzahlen für das Jahr 2011 zeigen, dass die Beiträge annähernd gleich bleiben werden und dass sich die Kurve "Prozent der Steuerkraft" auch nicht sichtlich verändert. Es wird erwartet, dass sich die Umlagen für gemeindeeigene Aufgaben um rund 1 % verringern und die sonstigen Umlagen um rund 9 % steigen werden. In Summe ergibt dies eine Steigerung von rund 8 % (rund 8.400 Euro.)

Auch die mittelfristigen Prognosen lassen in Bezug auf die Umlagenentwicklung keine Entschärfung der Kostensituation und damit der Beitragzahlungen erkennen.

	2009	2010	2011	2012 VA
SHV Umlage 419-752	86.106	92.984	92.086	94.000
Rotes Kreuz 530-7570	3.492	3.500	3.610	3.800
BAV Beitrag 813-752	9.224	9.906	9.922	10.000
Umlagen gemeindeeigene Aufgaben	98.822	106.390	105.618	107.800
Tierkörperverw. 528-755	4.792	4.792	4.820	4.800
Krankenanstalten 562-751	80.114	85.253	90.069	90.900
Landesumlage 930-751	8.371	7.353	11.720	12.900
Sonstige Umlagen	93.277	97.397	106.610	108.600
Umlagen gesamt	192.098	203.787	212.228	216.400

Fremdfinanzierungen



Im Bereich der Pro-Kopf-Verschuldung nahm die Gemeinde unter Heranziehung der Ergebnisse 2011 im landesweiten Vergleich den 217. Rang und in jenem mit den 46 Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn den 14. Rang ein. Damit nimmt die Gemeinde eine nicht so gute Positionierung ein. Die Gemeinde liegt mit 2.017 Euro bei der Pro-Kopf-Verschuldung über dem Landesdurchschnitt (1.990 Euro) bzw. über dem Bezirksdurchschnitt (1.672 Euro). Davon entfallen rund 92 Euro pro Einwohner auf normalverzinsliche Darlehen, während der Großteil von rund 1.926 Euro pro Einwohner auf die Abwasserbeseitigungsdarlehen zurückzuführen ist.

Darlehen

Zu Jahresende 2011 sind bei der Gemeinde Auerbach Darlehensbestände in einer Gesamthöhe von rund 1.044.950 Euro ausgewiesen. Davon entfallen 146.450 Euro auf derzeit zins- und tilgungsfreie Landesdarlehen und 850.974 Euro auf bezuschusste Bankdarlehen für die Abwasserbeseitigung. Darüber hinaus besteht ein nicht bezuschusstes Bankdarlehen in der Höhe von 47.526 Euro für den "Ortsplatz". Im Jahr 2011 kam es zu keinerlei Darlehensaufnahmen.

Die Netto-Belastung aus dem Schuldendienst nach Abzug der gewährten Annuitätzuschüsse belief sich im Jahr 2009 auf 170.255 Euro, sank im Jahr 2010 auf 27.403 Euro und ergab im Jahr 2011 einen Wert von 26.080 Euro. Dies entspricht einem Anteil an den Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes von 3 %. Der hohe Wert im Jahr 2009 resultierte aus einem Zwischenfinanzierungsdarlehen für den "Ortsplatz", bei dem der Nettoaufwand in diesem Jahr 142.805 Euro betrug.

Die Zinssätze der Darlehen sind an den SMR mit Abschlägen von 0,026 %, 0,07 % und 0,25 % gebunden. Auf die Marktkonformität der Zinssätze ist zu achten.

Kassenkredit

Im Voranschlag des Jahres 2012 ist der Höchstbetrag des möglichen Kassenkredites mit 122.600 Euro festgeschrieben. Der Kassenkreditzinssatz ist an den 3-Monats-Euribor mit einem Zuschlag von 0,75 % gebunden und ist damit marktkonform. Der Sollzinssatz beim Kassenkredit betrug zum Prüfungszeitpunkt 1,43 %. Im Jahr 2011 fielen Kassenkreditzinsen in der Höhe von 641 Euro an.

Der Kassenkredit wurde in den letzten Jahren jeweils bei der selben örtlichen Bank in Anspruch genommen. Der Kassenkredit wurde jährlich ausgeschrieben bzw. auch mehrere Vergleichsangebote eingeholt.

Es wird empfohlen, auch während der Laufzeit, das heißt unterjährig, auf die Marktkonformität der Zinssätze zu achten und eventuell nach zu verhandeln.

Haftungen

Zum Ende des Finanzjahres 2011 bestanden Haftungen in der Höhe von rund 599.800 Euro, die zum Teil für den Reinhaltverband und für Inkoba Oberes Innviertel übernommene Verpflichtungen darstellen. Es wurden Haftungen für die Abwasserbeseitigung (rund 540.300 Euro), Aufschließungskosten und Grundankauf Inkoba (rund 59.500 Euro) übernommen.

Rücklagen

Am Ende des Finanzjahres 2011 verfügte die Gemeinde Auerbach über Rücklagen von insgesamt rund 163.250 Euro.

Die Rücklagen setzten sich wie folgt zusammen:

Rücklage Verkehrsflächenbeiträge	32.170 Euro
Rücklage Kanalanschlüsse	131.080 Euro

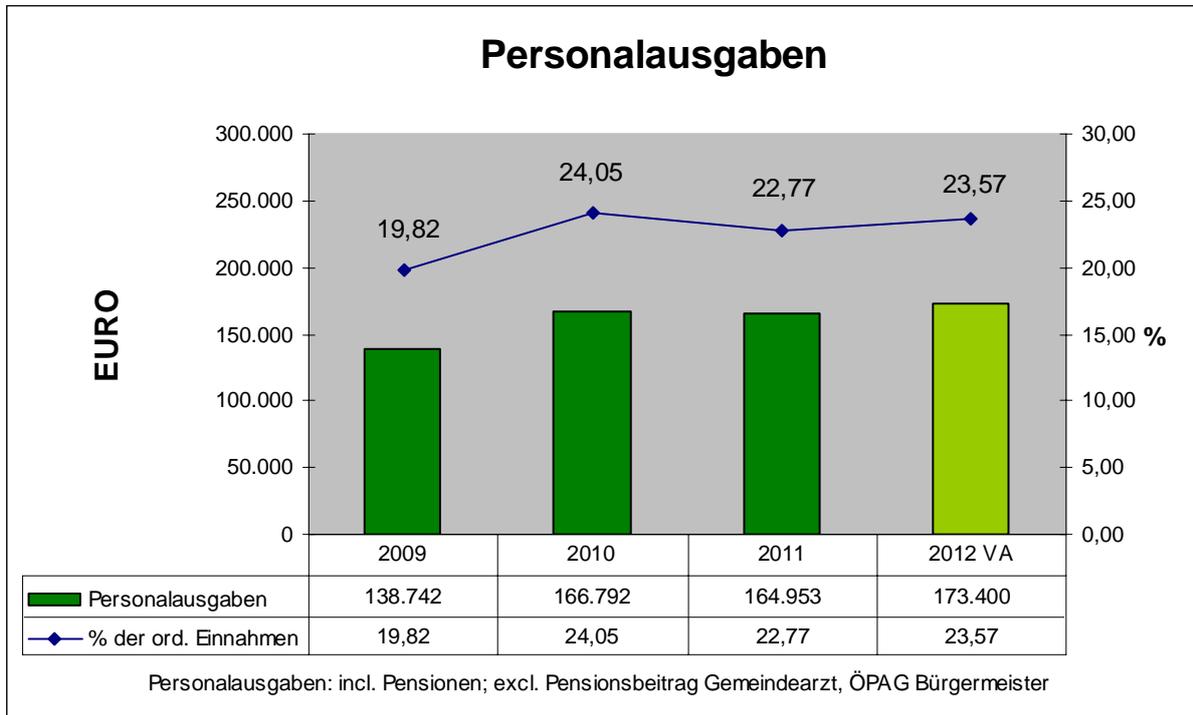
Gesamtsumme: 163.250 Euro

Die vorhandenen Rücklagen werden zur Zwischenfinanzierung des außerordentlichen Haushaltes bzw. zur Kassenbestandsverstärkung herangezogen.

Die Rücklagen sind auf Terminkonten veranlagt. Im Jahr 2011 betrug der Haben-Zinssatz bei den Rücklagen 1,875 % und zum Prüfungszeitpunkt (November 2012) 0,875 %.

Es wird empfohlen, auch während der Laufzeit, das heißt unterjährig, auf die Marktkonformität der Zinssätze zu achten und eventuell nachzuverhandeln.

Personal



Die Aufwendungen für das Personal sind in den letzten Jahren gestiegen. Im Jahr 2009 lagen diese noch bei rund 138.742 Euro, bis zum Jahr 2011 stiegen sie auf rund 164.953 Euro an. Im Prüfungszeitraum erfolgten Beschäftigungsausmaßerweiterungen im Bereich der Gemeindeverwaltung (+ 0,21 Personaleinheiten). Zu einem geringen Teil sind die Kostensteigerungen auch auf die jährlichen Gehaltsanpassungen bzw. Vorrückungen zurückzuführen.

Der Aufwand für Personal inklusive Pensionen belief sich im Jahr 2011 auf 164.953 Euro. Dies entspricht 22,77 % der Jahreseinnahmen im ordentlichen Haushalt von rund 724.500 Euro.

2011 verzeichnete die Gemeinde Auerbach Personalkosten pro Bediensteten von 41.386 Euro gegenüber durchschnittlich 41.559 Euro im Bezirk bzw. 44.879 Euro im Landesdurchschnitt bei 3,21 Personaleinheiten.

Im Finanzjahr 2011 waren insgesamt 5 Bedienstete (nur Teilbeschäftigte) in den nachstehenden Bereichen beschäftigt, wobei Vergütungsleistungen zwischen den einzelnen Kostenstellen nicht berücksichtigt wurden:

Ansatz	Anzahl Bed.	Personalaufw.	PE
Allgemeine Verwaltung	3	€ 89.260	1,86
Reinigung	1	€ 14.535	0,65
Bauhof	1	€ 26.659	0,70

Dienstpostenplan

Der Dienstpostenplan wurde vom Gemeinderat zuletzt im Zuge der Festsetzung des Voranschlages 2012 beschlossen.

Die festgesetzten Dienstposten bewegen sich im Rahmen der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung bzw. der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 und entsprechen der Einreichungsverordnung unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Organisation

Der Geschäftsverteilungsplan, in dem die Aufgabengebiete und zugleich die Verantwortungsbereiche der einzelnen Bediensteten umschrieben sind, wurde im Jahr 2010 überarbeitet und aktualisiert. Ebenso hat die Gemeinde die erforderlichen Arbeitsplatzbeschreibungen für ihre Bediensteten auf den laufenden Stand gebracht.

Darüber hinaus empfehlen wir, so genannte Mitarbeiter-Gespräche einzuführen. Sinn und Zweck von Zielvereinbarungen ist es, mit jedem/r Mitarbeiter/in spezifische Ziele in Abstimmung mit den Organisationszielen zu vereinbaren und zu dokumentieren. Folglich ist über das abgelaufene Jahr Rückschau zu halten und den Mitarbeiter/innen dabei entsprechendes Feedback zu geben. Wesentliche Erfolgsgröße ist dabei, dass die fachliche und persönliche Entwicklung gezielt gesteuert wird.

Wir sind der Meinung, dass dadurch die Eigenständigkeit und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter/innen entsprechend gestärkt und verbessert werden könnte.

Es wird daher empfohlen, in allen Bereichen Mitarbeitergespräche durchzuführen, in denen die fachlichen und persönlichen Ziele der einzelnen Mitarbeiter definiert und darauf aufbauend Aus- und Fortbildungsmaßnahmen festgelegt werden. Weiters verweisen wir auf den Erlass IKD(Gem)-200213/3-2011-Dau vom 29. November 2011.

Allgemeine Verwaltung

Nach den Dienstpostenplanrichtlinien hätte die Gemeinde Auerbach mit 553 Einwohnern (zum Stichtag der letzten Gemeinderatswahl) die Möglichkeit, in der Verwaltung bis zu drei Bedienstete anzustellen. Tatsächlich werden dort derzeit 1,86 Personaleinheiten beschäftigt. Diese Posten sind von drei teilbeschäftigten Bediensteten besetzt. Dies entspricht einer Ausschöpfung des möglichen Dienstpostenplanrahmens von rund 62 %.

Mit diesem Wert liegt die Gemeinde vergleichsweise günstig. Gegenüber Gemeinden in vergleichbarer Größe ist die Gemeinde in etwa um 0,3 Personaleinheit niedriger besetzt. Gemessen an der Einwohnerzahl fallen auf 1 Personaleinheit 297 Einwohner. Mit den derzeit besetzten Dienstposten wird das Auslangen gefunden.

Bauhof

Im Bauhof der Gemeinde ist zum Prüfungszeitpunkt ein teilbeschäftigter Gemeindefacharbeiter mit 0,7 Personaleinheiten beschäftigt. Bezogen auf die Gemeindegröße ist diese Personalbesetzung angemessen. Nach der Vergütungsabrechnung 2011 war der Bauhofarbeiter zu rund 68 % auf den Gemeindestraßen, zu rund 11 % für die Schneeräumung, zu rund 8 % für die Volksschule, rund 8 % für die Ortsplatzpflege und zu rund 5 % für diverse andere Bereiche eingesetzt.

Derzeit bestehen im Bauhofbereich noch keine Kooperationen, wenngleich in Einzelfällen mit der Nachbargemeinde Kirchberg zusammengearbeitet wird. Insbesondere aufgrund der

Personalbesetzung mit nur einem Bauhofarbeiter wird in Zukunft die Kooperation mit Nachbargemeinden im Bauhofbereich an Bedeutung gewinnen.

Es wird empfohlen, bereits jetzt die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden in diesem Bereich unter Bedachtnahme auf das Umsatzsteuerrecht zu intensivieren.

Reinigung

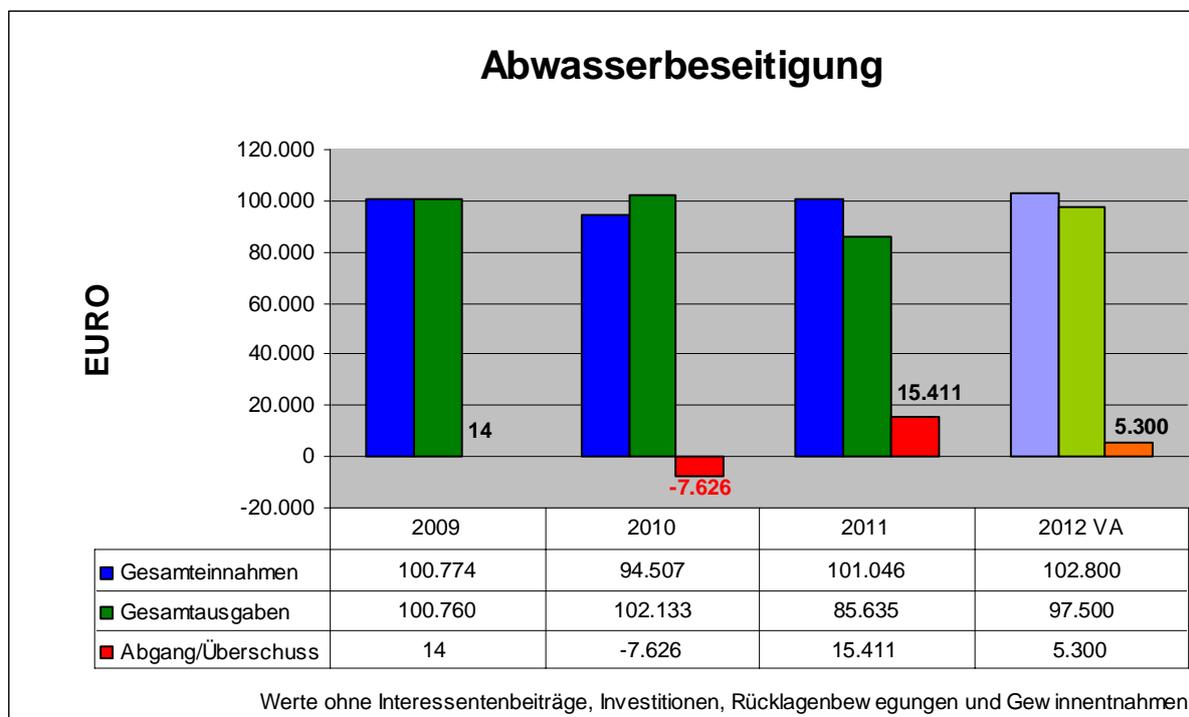
Eine Bedienstete ist mit einem Beschäftigungsausmaß von 65 % für die Reinigung der Volksschule, des Amtsgebäudes und fallweise des Bauhofes zuständig. Bezogen auf die angeführten Objekte ist das Beschäftigungsausmaß als angemessen zu beurteilen.

Aus- und Fortbildung

Für die Aus- und Fortbildung der Gemeindebediensteten wurden im Jahr 2011 rund 2.900 Euro (= ca. 1,8 % der Personalausgaben) ausgegeben. Bei den Fortbildungsmaßnahmen handelte es sich um Fachkurse (zB. RIS Kommunal, Module 2 und 4, Seminare usw.). Die Kurse wurden hauptsächlich von den Verwaltungsbediensteten besucht. Diesem wichtigen Bereich ist auch zukünftig ein hoher Stellenwert einzuräumen.

Öffentliche Einrichtungen

Abwasserbeseitigung



Die Gemeinde verfügt über ein gut ausgebautes Abwasserbeseitigungsnetz mit einem Anschlussgrad von ca. 80 %. Damit ist das Gemeindegebiet weitestgehend an die öffentliche Abwasserversorgungsanlage angeschlossen. Die Abwässer werden in die Kläranlage des Reinhaltverbandes Braunau und Umgebung eingeleitet, wofür die Gemeinde im Jahr 2011 anteilige Betriebskosten von rund 2.130 Euro zu entrichten hatte.

Bei den in der Grafik dargestellten Gesamteinnahmen handelt es sich um die jährlichen Einnahmen abzüglich der jeweiligen Anschlussgebühren. Im Jahr 2009 wies die Einrichtung der Abwasserbeseitigung einen geringen Überschuss in der Höhe von 14 Euro aus. Im Jahr 2010 kam es zu einem Abgang von 7.626 Euro und im Jahr 2011 konnte wieder ein Überschuss in der Höhe von 15.411 Euro erzielt werden. Der Abgang im Jahr 2010 ist auf Instandhaltungen der Kanalisationsanlagen und eine Aufrollung der Mitgliedsbeiträge des Reinhaltverbandes zurückzuführen.

Die eingenommenen Interessentenbeiträge wurden dem außerordentlichen Haushalt bzw. einer Rücklage zugeführt. Der Anschlusszwang wird nach Auskunft der Gemeinde im Bereich der 50-Meter-Zone durchgeführt.

Gebühren

Die in der Kanalgebührenordnung der Gemeinde Auerbach festgelegten Anschluss- und Benützungsgebühren entsprachen in den vergangenen Jahren jeweils den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestgebühren.

Für das Jahr 2011 beträgt die Benützungsgebühr inklusive 20 Cent für Abgangsgemeinden 3,42 Euro und die Mindestanschlussgebühr 2.891 Euro je exkl. Umsatzsteuer. Im Jahr 2012 werden 3,53 Euro Benützungsgebühren und 2.990 Euro Mindestanschlussgebühr

eingehoben. Zur Abdeckung der Fixkosten wird pro angeschlossenem Objekt eine Kanalbenutzungsgebühr von jährlich mindestens 35 m³ berechnet.

Die Kosten für den Erwerb, den Einbau und die Wartung des Wasserzählers trägt der Liegenschaftsbesitzer. Für die erforderliche Eichung des Wasserzählers (alle 5 Jahre) hat der Anschlusspflichtige selbst zu sorgen. Der Zählereinbau und die erforderliche Eichung haben stets im Einvernehmen mit der Gemeinde zu erfolgen.

Für unbebaute Grundstücke, die an das gemeindeeigene öffentliche Kanalnetz angeschlossen werden, ist die Mindestanschlussgebühr zu entrichten.

Gebührenkalkulation

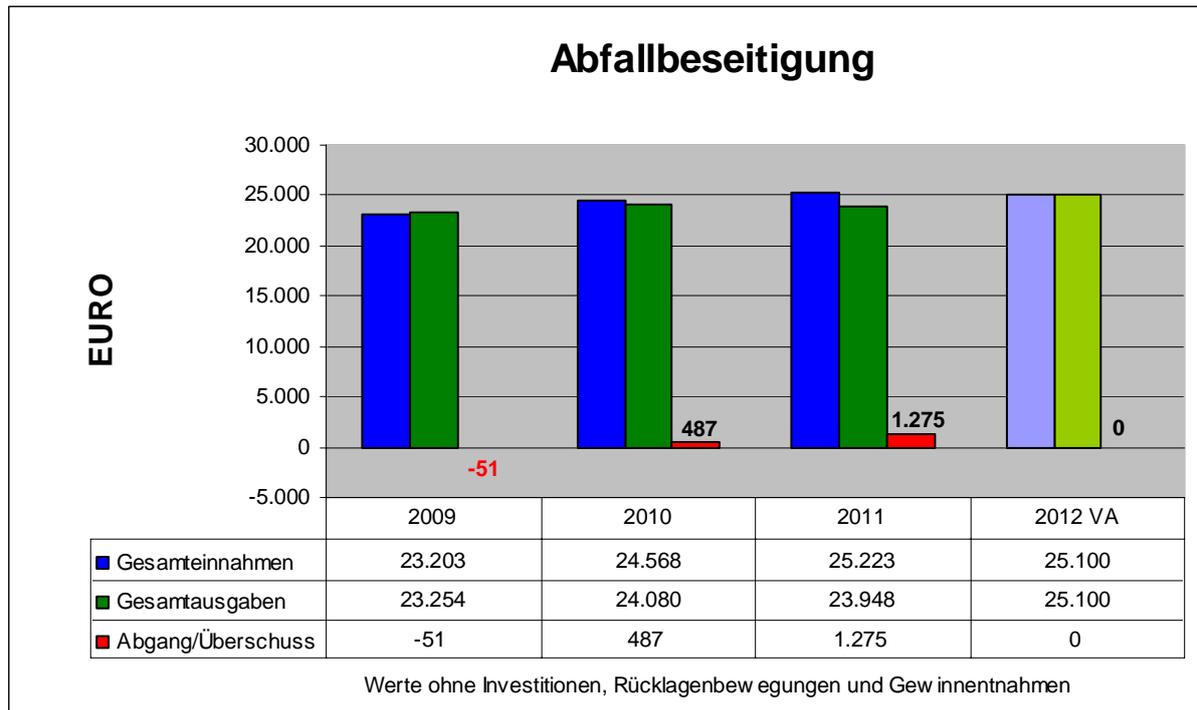
Die Gebührenkalkulation bestätigt, dass die Gemeinde dem Erfordernis der Einhebung der landesweit gültigen Mindestgebühren + 20 Cent für Abgangsgemeinden nachkommt.

Die Ausgaben deckende Gebühr liegt bei rund 5,32 Euro, die kostendeckende bei 7,49 Euro.

Verwaltungskostentangente

Die Gemeinde hat im Interesse einer umfassenden Kostenzuordnung in der Buchhaltung eine jährliche Verwaltungskostentangente in Form einer Vergütung dargestellt.

Abfallbeseitigung



Die Gemeinde Auerbach betreibt für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden Hausabfälle und sperrigen Abfälle eine öffentliche Abfallabfuhr. Die Sammlung der Hausabfälle erfolgt im gesamten Gemeindegebiet vierwöchentlich. Sperrige Abfälle können im Altstoffsammelzentrum Mattighofen abgegeben werden. Überdies erfolgt zweimal jährlich eine Sammlung von sperrigen Abfällen mittels Bringsystem beim Bauhof Auerbach.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung verzeichnete in den vergangenen zwei Jahren Überschüsse, die zur Stützung des Haushaltsergebnisses im ordentlichen Haushalt belassen wurden. Zuletzt konnte im Jahr 2011 zur Verstärkung des allgemeinen Budgets ein Betrag von rund 1.300 Euro erwirtschaftet werden. In den angeführten Betriebsergebnissen ist eine Verwaltungskostentangente enthalten.

Eine Abfallgebührenerhöhung erfolgte im Jahr 2011. Im Hinblick auf die Tatsache, dass der Betrieb der Abfallbeseitigung in den vergangenen Jahren positive Gebarungsergebnisse auswies, ist eine Erhöhung der Abfallgebühren nicht erforderlich.

Die Gebühr für eine haushaltsübliche Abfalltonne von 120 Liter beträgt 5,50 Euro und für eine Abfalltonne von 240 Liter 11 Euro.

Biomüll und Kompostierung

Die Gemeinde Auerbach hat seit 2011 für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden biogenen Abfälle eine öffentliche Bioabfallabfuhr eingeführt. Ab dem Jahr 2013 wird sich die Gemeinde für die Kompostierung zur Erfüllung ihrer Aufgaben des Bezirksabfallverbandes Braunau am Inn, welcher die Verwertung der biogenen Abfälle organisiert, bedienen.

Die Gebühr für die vorgesehene Abholung der Biotonnenabfälle beträgt für eine Biotonne von 120 Liter 2 Euro und für 240 Liter 4 Euro.

Kindergarten

Auerbach selbst hat keinen eigenen Kindergarten. Kinder ab drei Jahren besuchen den Gemeindekindergarten der Nachbargemeinde Kirchberg bei Mattighofen. Kinder unter drei Jahren können je nach Auslastung in den benachbarten Gemeindekindergarten Pfaffstätt, Pischelsdorf a. E. und Feldkirchen b. M. untergebracht werden.

In den letzten Jahren musste die Gemeinde einen durchschnittlichen Betrag von rund 14.400 Euro an die Nachbargemeinde Kirchberg bei Mattighofen für den Betriebsabgang⁵ des Kindergartens zahlen. Diese Form einer Verwaltungskooperation ist zu begrüßen, zumal der für die Gemeinde Auerbach entstandene Aufwand zur Abgangsdeckung an die Gemeinde Kirchberg bei Mattighofen einen vergleichsweise geringen Aufwand darstellt.

In den letzten Jahren besuchten durchschnittlich 13 Kinder den Kindergarten der Gemeinde Kirchberg bei Mattighofen und ca. 3 Kinder den Kindergarten in anderen Gemeinden.

Kindergartentransport

Für den Transport der Kindergartenkinder erwuchs der Gemeinde im Jahr 2011 unter Berücksichtigung des hierfür erhaltenen Landeszuschusses eine Nettobelastung von rund 9.200 Euro, was einem Beitrag der Gemeinde von rund 575 Euro pro transportiertem Kind gleichkommt. Der Betrag von 8 Euro für den Kindergartentransport wird von der Nachbargemeinde Kirchberg bei Mattighofen eingehoben.

⁵ Betriebsabgang der Gemeinde Kirchberg bei Mattighofen
2009: 14.522,50 Euro, 2010: 14.420 Euro, 2011: 14.354,50 Euro

Gemeindevertretung

Organe der Gemeinde, Geschäftsführung

Der Gemeinderat und auch der –vorstand haben in den vergangenen Jahren jeweils entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ausreichend Sitzungen abgehalten.

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss ist innerhalb des Zeitraumes 2005 bis 2012 sowohl hinsichtlich der Anzahl der Prüfungen als auch im Bezug auf die Wahrnehmung seiner Prüfungsfelder dem gesetzlichen Prüfungsauftrag ausreichend nachgekommen.

Ausschüsse

Der Ausschuss für Bau-, Straßenbau, örtliche Raumplanung und Umweltfragen hielt im Prüfungszeitraum sieben Sitzungen ab, der Ausschuss für Schul-, Kindergarten, Kultur- und Sportangelegenheiten drei Sitzungen und der Ausschuss Jugend, Familien, Senioren und Integrationsangelegenheiten keine Sitzungen.

Zur Vorbereitung schwieriger Punkte für eine Gemeinderatssitzung können Ausschüsse einen wertvollen Beitrag leisten und damit die Gemeinderatssitzungen entsprechend abkürzen. Eine Intensivierung der Ausschusstätigkeiten wird daher empfohlen.

Sitzungsgeld

Eine Verordnung über die Festsetzung eines Sitzungsgeldes hat der Gemeinderat zuletzt im Jahr 1998 erlassen, worin das für jede Sitzung gebührende Sitzungsgeld mit dem Satz von 1,5 % des Bürgermeisterbezuges für einen nicht hauptberuflichen Bürgermeister festgesetzt wurde. Laut Abrechnung der Gemeinde wurden im Jahr 2011 pro Sitzung 30,60 Euro ausbezahlt. Im Hinblick auf die mögliche Höchstgrenze von 3 % kann den Mandataren in diesem Bereich ein sparsamer Umgang mit Gemeindemitteln bescheinigt werden.

Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Der Bürgermeister schöpfte im Prüfungszeitraum den möglichen Rahmen nach den Bestimmungen der Oö. Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung (Oö. GemHKRO) bei den Verfügungsmitteln und Repräsentationsausgaben in den Jahren 2009 bis 2011 jeweils nicht aus. Eine sparsame Ausgabenpolitik ist dem Bürgermeister in diesen Bereichen zu bestätigen.

Verfügungsmittel	2009	2010	2011
Getätigte Ausgaben in Euro	€ 2.120	€ 2.107	€ 2.325
Voranschlag	€ 2.300	€ 2.400	€ 2.600
Mögliche gesetzliche Höchstgrenze	€ 2.514	€ 2.572	€ 2.649
% der möglichen Höchstgrenze	84	82	88
Repräsentationsausgaben	2009	2010	2011
Getätigte Ausgaben in Euro	€ 867	€ 738	€ 500
Voranschlag	€ 1.200	€ 1.200	€ 1.300
Mögliche gesetzliche Höchstgrenze	€ 1.257	€ 1.286	€ 1.324
% der möglichen Höchstgrenze	69	57	38

Weitere wesentliche Feststellungen

Vermietung

Die Gemeinde Auerbach vermietet seit dem Jahr 1995 zwei Räume im Erdgeschoß des Amtsgebäudes im Ausmaß von 37 m² und 24 m² an die ortsansässige Bank. Der Mietzins betrug zum Prüfungszeitpunkt 299,98 Euro und 18 Euro für die Betriebskosten monatlich. Der m²-Mietzins beträgt 5 Euro.

Im Obergeschoß des Amtgebäudes vermietet die Gemeinde eine Wohnung im Ausmaß von 103 m². Der vereinbarte monatliche Mietzins setzt sich wie folgt zusammen:

- Hauptmietzins 480 Euro
- Betriebskosten 100 Euro
- Heizkosten 70 Euro

insgesamt 650 Euro. Der m²-Mietzins beträgt rund 5 Euro.

Eine weitere Wohnung wird von der Gemeinde im Volksschulgebäude vermietet. Das Ausmaß der Wohnung beträgt 106 m². Es wird ein monatlicher Mietzins von 415 Euro (Hauptmietzins 320 Euro, Betriebskosten 95 Euro) verrechnet. Die Heizkosten (Nachtspeicheröfen und Einzelöfen) sind durch den Mieter direkt mit dem Versorgungsunternehmen abzurechnen. Der m²-Mietzins beträgt 3 Euro.

Sämtliche Wohnungen der Gemeinde waren zum Prüfungszeitpunkt vermietet bzw. die Nachmiete geregelt. Die Mieten sind indexgesichert. Eine Verwaltungskostenbeitrag wird verrechnet. Sanierungsmaßnahmen sind in nächster Zeit nicht geplant.

Von besonderer Bedeutung werden für die Gemeinde auch die umsatzsteuerrechtlichen Änderungen im Bezug auf Bestandsobjekte sein. So ist es ab dem Jahr 2011 erforderlich, dass der eingehobene Mietzins eine 1,5 %ige Abschreibungskomponente abdeckt und auch der Verwaltungskostenbeitrag nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes vollständig vorgeschrieben wird. Andernfalls verliert die Gemeinde die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug bei diesem Objekt.

Die Bestandsverträge sind in diesem Sinne zu überprüfen und bei wirtschaftlicher Notwendigkeit die Verträge allenfalls anzupassen.

Grundeigentum

Im Eigentum der Gemeinde ist im zentralen Ortsgebiet eine größere zusammenhängende Baulandfläche (rund 5.340 m²). Darauf befinden sich das Amtsgebäude, die Feuerwehr, der Bauhof, der Spielplatz und die Stocksporthalle. Weiters gehören zum Eigentum der Gemeinde im Ortsgebiet zwei Grundstücksflächen im Ausmaß von 3.085 m² und 824 m². Auf der größeren Fläche steht die Volksschule und die kleinere Fläche wird als öffentlicher Parkplatz genutzt. Eine ehemalige Schottergrube, die teilweise als Lagerplatz verwendet wird, in der Größe von 8.284 m² und ein Grundstück, auf dem ein kleines Wohnhaus steht, mit einer Fläche von 1.381 m² befinden sich ebenfalls im Eigentum der Gemeinde.

Im Prüfungszeitraum erfolgten keine Grundstückskäufe bzw. –verkäufe.

Feuerwehrwesen

Im Gemeindegebiet besteht eine Freiwillige Feuerwehr, der 130 aktive Mitglieder angehören. Im Jahr 2011 hatte die Freiwillige Feuerwehr Auerbach insgesamt sechs technische und drei Brandeinsätze durchgeführt.

Die Freiwillige Feuerwehr ist mit ihrer Fahrzeugausstattung der Pflichtbereichsklasse 1 A der Öö. Brandbekämpfungsverordnung 1985 zugeordnet.

Der Pro-Kopf-Aufwand für die Freiwillige Feuerwehr beläuft sich während des Betrachtungszeitraumes 2009 bis 2011 auf durchschnittlich 21 Euro pro Einwohner und liegt damit über dem Bezirksdurchschnitt von rund 15 Euro.

Langfristig gesehen sollte – wenn möglich – keine Ausweitung des laufenden Feuerwehraufwandes mehr erfolgen.

Weiters wurden über diesen Aufwand hinaus während der Jahre 2009 bis 2011 durchschnittlich 4.000 Euro pro Jahr für Investitionsausgaben im Bereich der Feuerwehr getätigt. Der Investitionsanteil pro Einwohner beläuft sich auf rund 8 Euro.

Dieser Satz ist vergleichsweise hoch und sollte bei der zukünftigen Finanzplanung eingeschränkt werden.

Ein Kostenersatz für Einsätze laut Feuerwehrtarifordnung wird von den Feuerwehren an die Gemeinde abgeführt. Die Gemeinde hat die Feuerwehr aufzufordern, die entgeltpflichtigen Einsätze (auch Fehl- oder Täuschungsalarm) der Gemeinde zwecks Durchführung der Abrechnung zu melden. Das für die Gerätschaft eingemommene Entgelt fließt der Gemeinde zu, da sie auch die Verpflichtung zur Erhaltung der Schlagkraft der Feuerwehr trägt.

Die Gemeinde hat die entgeltpflichtigen Einsätze entsprechend der vom Gemeinderat beschlossenen Tarifordnung abzurechnen und das Mannschaftsentgelt an die Feuerwehren auszuzahlen. Die Gemeinde hat den in der Feuerwehrtarifordnung angeführten Kostenersatz für Einsätze den Feuerwehren vorzuschreiben.

FEUERWEHR(EN)	2009	2010	2011	2012 VA
Einnahmen excl. Investitionszuschüsse	286,00	0,00	905,75	400,00
Ausgaben excl. Investitionen/Annuität	10.587,23	10.784,70	11.775,18	10.500,00
Saldo	10.301,23	10.784,70	10.869,43	10.100,00
Einwohner lt. VZ	505	505	505	505
Ausgaben pro Einwohner	20,40	21,36	21,52	20,00

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Hinsichtlich der freiwilligen Ausgaben der Gemeinde ("15-Euro-Erlass") wird festgestellt, dass die Gemeinde den möglichen Rahmen von 8.295 Euro aus freiwilligen Ausgaben im Jahr 2011 zu rund 47 % genutzt hat. Das entspricht Ausgaben von rund 7 Euro pro Einwohner.

Die im Erlasswege der Aufsichtsbehörde vorgegebene Fördergrenze von 15 Euro je Einwohner wurde damit eingehalten. Die Gemeinde war in den letzten Jahren im Umgang mit den freiwilligen Ausgaben immer sparsam.

Versicherungen

Die Zahlungen für die Versicherungsprämien zeigten in den letzten Jahren eine steigende Tendenz⁶. Für Gebäude- und Personenversicherungen mussten im Jahr 2011 Versicherungsprämien von insgesamt rund 9.840 Euro bezahlt werden. Für das Jahr 2011 errechnete sich je Gemeindegewohner ein Aufwand in der Höhe von rund 18 Euro.

Die Gemeinde hat im Jahr 2006 eine Versicherungsanalyse von einem unabhängigen Versicherungsmakler vornehmen lassen. Ziel dieser Analyse war es, die Versicherungsverträge hinsichtlich der unternehmerischen Notwendigkeit und der Höhe der Versicherungsprämien zu beurteilen und Verbesserungs- bzw. Einsparungsvorschläge zu unterbreiten.

Da diese Überprüfung nunmehr 6 Jahre zurückliegt, empfehlen wir, die Versicherungsverträge erneut von einem unabhängigen Versicherungsmakler hinsichtlich optimalen Versicherungsschutzes und bester Prämienkonditionen überprüfen zu lassen.

Fahrzeuge

Die Gemeinde Auerbach verfügt derzeit über folgende Fahrzeuge:

Bauhof: 1 Traktor, Baujahr 2003
 1 Rasentraktor, Baujahr 2012

Feuerwehr Auerbach: 1 Tanklöschfahrzeug, Baujahr 2007
 1 Kommandofahrzeug, Baujahr 2001
 1 Anhänger, Baujahr 2001

Laut Auskunft der Amtsleiterin sind in den nächsten Jahren im Bereich des Bauhofes keine Anschaffungen geplant. Bei der Feuerwehr Auerbach ist in den nächsten Jahren der Kauf eines Stromaggregates geplant.

Bauhof

Die Gemeinde beschäftigt einen Bauhofarbeiter (teilbeschäftigt mit 28 Wochenstunden). Nach der letzten vorliegenden Jahresabrechnung für 2011 werden rund 79 % der Arbeitsstunden für die Straßenerhaltung der Gemeinde und den Winterdienst geleistet. Weitere rund 8 % wurden für die Ortsplatzpflege gearbeitet. Die restlichen 13 % entfallen auf diverse andere Bereiche. Der Winterdienst wird vom Bauhofmitarbeiter der Gemeinde in Zusammenarbeit mit einem privaten Anbieter durchgeführt.

Für die Unterbringung der Gerätschaften, Salzlager usw. des Bauhofes wird das bestehende Gebäude beim Gemeindeamt verwendet. Insgesamt steht eine Nutzfläche von rund 190 m² zur Verfügung. Am Bauhofgebäude sind derzeit keine größeren Baumaßnahmen geplant. Fahrzeugmäßig ist die Gemeinde gut ausgestattet bei rund 22 Straßenkilometern.

⁶ Versicherungsprämien: 2009 – rund 8.350 Euro; 2010 – rund 8.525 Euro

Im Jahr 2011 kam es zu Ausgaben in der Höhe von rund 40.400 Euro, womit sich je Gemeindegewohner (Einwohner nach der Registerzählung 2010)⁷ ein Aufwand in der Höhe von rund 77 Euro errechnet. Damit liegt die Gemeinde in einem angemessenen Rahmen.

Für die Zukunft sind auch Kooperationsprojekte mit Nachbargemeinden im Bauhofbereich zu prüfen.

⁷ Einwohner nach der Registerzählung 2010: 522 Einwohner

Außerordentlicher Haushalt

Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2011

Der außerordentliche Haushalt umfasst sechs Vorhaben und eine Zwischenfinanzierung und schließt bei einem Ausgabevolumen von rund 298.620 Euro ausgeglichen. Von den insgesamt sieben im außerordentlichen Haushalt des Jahres 2011 geführten Vorhaben wies ein Vorhaben ein negatives und fünf ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

In den letzten Jahren bildete das "Gemeindestraßenbauprogramm" den Schwerpunkt im außerordentlichen Haushalt. Das Vorhaben ist für 26 % des gesamten Ausgabevolumens von rund 820.000 Euro verantwortlich. Weitere große Bauvorhaben waren in den letzten Jahren die "Ortsplatzgestaltung" und der "Ankauf des Löschfahrzeuges".

Finanzbedarf außerordentlicher Haushalt/Stand Dezember 2011			
			Fördermittel
Vorhaben	Soll-Fehlbetrag	dzt. bedeckt durch	gesichert
Lagerplatzüberdachung	21.870 Euro	Zwischenfinanzierung	21.870 Euro
GESAMT	21.870 Euro		21.870 Euro
Finanzbedarf - unbedeckt			0,00 Euro

Für das angeführte Vorhaben wurden im Jahr 2012 Bedarfszuweisungsmittel in der Höhe von 23.000 Euro flüssig gemacht.

Die Überprüfung der nachstehenden Bauvorhaben beschränkte sich auf deren Kostenentwicklung und Finanzierung.

Einzelne Außerordentliche Vorhaben

Gemeindestraßenbauprogramm

Die Gemeinde hat ein Gemeindestraßennetz von ca. 22 km Länge zu erhalten und es stehen laufend Sanierungsmaßnahmen an, die durch die ständig steigende Verkehrsbelastung notwendig werden.

Beim gegenständlichen Vorhaben wurden im Jahr 2011 rund 200.000 Euro verbaut. Bei den Baumaßnahmen handelte es sich um die Generalsanierung der Riensberger Gemeindestraße im Ausmaß von 800 Laufmeter. Das Straßensanierungsprogramm wurde im Gemeinderat beschlossen. Laut Finanzierungsplan beliefen sich die Kosten auf 130.000 Euro. Aufgrund dessen, dass die Straße im Winter zu stark gesalzen wird, kommt es aufgrund eines anderen Mischgutes beim Asphalt zu Mehrkosten in der Höhe von rund 50.000 Euro. Die Kosten wurden mit Landesbeiträgen und dem Erlös der 380 KV-Leitung finanziert.

Die Verkehrsflächenbeiträge nach der Oö. Bauordnung 1994 und die Anschließungsbeiträge nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994 werden vorgeschrieben und dem laufenden Straßenbauprogramm zugeführt.

Bei der Ausschreibung, Abwicklung und Aktenführung des Vorhabens konnten keine Mängel festgestellt werden. Die Asphaltierungsarbeiten werden im Sinne des geltenden Bundesvergabegesetzes 2006 jährlich ausgeschrieben.

Ortsplatzgestaltung

Unter dem Vorhaben "Ortsplatzerneuerung samt Geh-/Radweg" sind sowohl entlang der Landesstraße als auch entlang der Gemeindestraßen im Ortszentrum Auerbach Gehsteige mit neuer Oberflächenentwässerung und Straßenbeleuchtung errichtet worden. Der Gehsteig um die Friedhofsmauer wurde abgetragen und die Straße neu asphaltiert. Weiters wurden das Kriegerdenkmal und die Friedhofsmauer saniert. Die von der Gemeinde angekaufte Grundparzelle wurde als Parkplatz neu gestaltet. Im Bereich der Landesstraße sind zusätzlich Querungshilfen im Bereich der Volksschule, sowie Fahrbahnteiler bei den Ortseinfahrten errichtet worden. Die Abwicklung erfolgte im Rahmen des Dorfentwicklungsprogrammes des Landes Oö.. Das Vorhaben wurde seit dem Jahr 2005 etappenweise realisiert.

Ein genehmigter Finanzierungsplan des Amtes der Oö. Landesregierung lag zugrunde. Die Kosten belaufen sich laut Finanzierungsplan auf 757.800 Euro. Die Kosten wurden aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes, Interessentenbeiträgen, Anschließungsbeiträgen, Landeszuschüssen (aus Kultur, Dorf- und Stadtentwicklung, Verkehr, Straßenbau) und Bedarfszuweisungen finanziert. Nach Vorlage der Schlussrechnung hat sich herausgestellt, dass sich die Gesamtkosten auf 928.200 Euro erhöht haben. Grund dafür war, dass die Gemeinde den Gehsteig im Ortszentrum entlang der Gemeindestraße neu asphaltiert hat. Die Kosten hierfür haben jedoch die geschätzten Kosten auf Grund des mangelnden Unterbaues bei weitem überstiegen.

Zur Finanzierung wurde zusätzlich ein Zwischendarlehen in der Höhe von rund 70.000 Euro aufgenommen.

Bei der Ausschreibung, Abwicklung und Aktenführung des Vorhabens konnten keine Mängel festgestellt werden.

Ankauf Löschfahrzeug

Im Jahr 2007 wurde das Löschfahrzeug der FF Auerbach, welches seit 23 Jahren im Einsatz war, durch ein neues Feuerwehrfahrzeug ersetzt.

Dem Vorhaben lag ein genehmigter Finanzierungsplan des Amtes der Oö. Landesregierung zugrunde. Die Ausschreibung erfolgte entsprechend den Richtlinien des Bundesvergabegesetzes 2006 in der Amtlichen Linzer Zeitung.

Die Gesamtkosten der Fahrzeuganschaffung und eines Flutlichtmastes betragen rund 175.400 Euro. Die Ausfinanzierung erfolgte im Jahr 2008. Das Vorhaben wurde durch 86.000 Euro Bedarfszuweisungsmittel, 49.000 Euro Kapitaltransferzahlungen vom Landesfonds (LFK), 3.000 Euro Landeszuschüsse und 37.500 Euro Eigenbeitrag der Freiwilligen Feuerwehr Auerbach finanziert.

Schlussbemerkung

Die Gemeinde Auerbach hat in den vergangenen Jahren ihren ordentlichen Haushalt mit Abgängen abgeschlossen und ist daher als "Dauerabgangsgemeinde" zu bezeichnen. Auch in den nächsten Jahren ist wohl weiterhin mit Abgängen im ordentlichen Haushalt zu rechnen.

Den Bediensteten in der Gemeindeverwaltung ist eine engagierte und genaue Verwaltungsführung zu bescheinigen. Bezogen auf das Prüfungsintervall von mehr als sechs Jahren seit der letzten Gebarungseinschau ist die Anzahl der Prüfungsfeststellungen als verhältnismäßig gering zu bezeichnen. Der Verwaltung ist daher ein insgesamt positives Zeugnis auszustellen.

Für das angenehme Prüfungsklima und die sachliche Zusammenarbeit bedanken wir uns auf diesem Wege ganz besonders beim Bürgermeister, der Amtsleiterin und den Bediensteten der Verwaltung.

Das Ergebnis der Prüfung wurde im Rahmen der Schlussbesprechung am 3. Dezember 2012 dem Bürgermeister und der Amtsleiterin präsentiert. Im Zuge der Besprechung wurde Übereinstimmung bezüglich der Prüfungsfeststellungen und der Empfehlungen gefunden.

Braunau am Inn, am 22. Januar 2013

Der Bezirkshauptmann

Mag. Dr. Wojak